

Umstellung des Transparenzregisters zu einem Vollregister zum 1. August 2021

Mit dem Transparenzregister (nachfolgend „**Register**“) soll eine höhere Transparenz zu Eigentums- und Kontrollverhältnissen insbesondere bei Unternehmen (Gesetz spricht von Vereinigungen) geschaffen werden. In diesem Register sind daher Mindestangaben zu (natürlichen) Personen mit wesentlichen Stimmrechtsanteilen/Anteilsquoten (Einflussgrößen) erforderlich. Dabei sind unmittelbare und mittelbare Anteile zu beurteilen. Diese Personen werden als „**wirtschaftlich Berechtigte**“ im Geldwäschegesetz (GwG) definiert.

Bislang bestand lediglich eine eingeschränkte Meldepflicht. Meldepflichtig waren danach solche Unternehmen, deren wirtschaftlich Berechtigte nicht durch in Deutschland öffentlich zugängliche Dokumente und Register (z. B. Handelsregister) nachvollzogen werden konnten bzw. deren Gesellschafter kein europäisches börsennotiertes Unternehmen ist.

Durch die ab dem **1. August 2021** geltende Neuregelung fällt diese Mitteilungsfiktion weg. Nunmehr sind beinahe alle inländischen Unternehmen meldepflichtig, die die Anteils- bzw. Stimmrechtsanteilsregelung erfüllen. Zudem ergibt sich eine Erweiterung der Meldepflichten für **ausländische Gesellschaften bei Grundstücksgeschäften in Deutschland**.

Ein Verstoß gegen diese Pflichtangaben wird mit einem Bußgeld geahndet; bestandskräftige Maßnahmen und Bußgeldentscheidungen werden zudem **auf der Internetseite** der zuständigen Behörde **bekanntgegeben**.

Vor diesem Hintergrund sind seit dem **1. August 2021** beinahe alle im Inland ansässigen Unternehmen sowie einige ausländische Unternehmen u.a. zu folgenden Mitteilungen verpflichtet:

- **Mitteilung von Angaben zu sog. wirtschaftlich Berechtigten** zum Transparenzregister wie Name, Geburtsdatum, Wohnort sowie nunmehr **alle Staatsangehörigkeiten**;
- zu den wirtschaftlich Berechtigten zählt insbesondere jede **natürliche Person, die unmittelbar oder mittelbar mehr als 25 % der Kapitalanteile hält, mehr als 25 % der Stimmrechte kontrolliert** oder auf vergleichbare Weise Kontrolle ausübt, die **persönlich haften den Gesellschafter** sowie **Treugeber und Verwalter von Trusts**, die beherrschenden Einfluss auf eine Vereinigung ausüben;
- sollte **kein** tatsächlich wirtschaftlich Berechtigter bestehen oder ermittelt werden können, sind grundsätzlich die **gesetzlichen Vertreter** der Gesellschaft als **fiktive wirtschaftlich Berechtigte** an das Transparenzregister zu melden.

Sollte damit erst jetzt eine Meldepflicht aufgrund der Gesetzesänderung bestehen, hat der Gesetzgeber für die erforderlichen Nachmeldungen im Transparenzregister (erweiterte Meldepflicht) folgende Übergangsregelungen vorgesehen:

- **31. März 2022** bei Aktiengesellschaften (**AG**), Kommanditgesellschaften auf Aktien (**KGaA**) und Societas Europea (**SE**);
- **30. Juni 2022** bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung (**GmbH**), Genossenschaften und Partnerschaftsgesellschaften;
- **31. Dezember 2022** bei allen anderen transparenzpflichtigen Gesellschaften, z.B. **GmbH & Co. KG**.

Zudem greifen die Bußgeldtatbestände erst nach Ablauf einer weiteren Übergangsfrist:

- **31. März 2023** bei der AG, SE oder KGaA
- **30. Juni 2023** bei der GmbH, Genossenschaft, Partnerschaft
- **31. Dezember 2023** in allen anderen Fällen.

Zu empfehlen ist somit auch für alle transparenzpflichtigen Unternehmen, die sich bislang auf die Mitteilungsfiktion berufen haben, **zeitnah eine Eintragung im Transparenzregister** vorzunehmen. Bei den Gesellschaften, bei denen bislang die Mitteilungsfiktion nicht gegriffen hat, bestehen **keine Übergangsfristen** und sind die Eintragungen unverzüglich vorzunehmen.

Für den Fall, dass Rechtseinheiten ihre wirtschaftlichen Berechtigten bereits zum Transparenzregister gemeldet haben, besteht zwar keine aktive Pflicht der Angabe einer **weiteren Staatsangehörigkeit**, die Staatsangehörigkeit ist aber nachzumelden bei einer ohnehin erforderlichen Aktualisierung.

Darüber hinaus sind die abgegebenen Mitteilungen stets zu überprüfen und alle Änderungen mitzuteilen. Künftig sind daher **Änderungen** der (fiktiven) wirtschaftlichen Berechtigten sowohl dem Handelsregister als auch dem Transparenzregister zu melden.

Handlungen sind also insbesondere erforderlich bei:

- 1** Unternehmen für die bislang die Mitteilungsfiktion galt (insb. GmbHs deren Gesellschafter dem Handelsregister zu entnehmen sind)
- 2** Europäische börsennotierte Gesellschaften (sowie deren Tochtergesellschaften)
- 3** Ausländische Gesellschaften bei Grundstücksgeschäften in Deutschland bzw. deren Beteiligung an Gesellschaften mit Grundbesitz in Deutschland
- 4** Trusts, Treugeber und vergleichbare Rechtsgestaltungen
- 5** Doppelte/mehrfache Staatsangehörigkeit, die bislang für den wirtschaftlich Berechtigten nicht gemeldet wurde.
- 6** Unstimmigkeiten der Angaben über wirtschaftlich Berechtigte im Transparenzregister und den Informationen, welche den Verpflichteten vorliegen.

Gerne stehen wir bei der Umsetzung der neuen Transparenzvorgaben oder Fragen zur Verfügung.

Ihre Ansprechpartner bei **PwC Legal**:

Düsseldorf

Prof. Dr. Uwe Hohage

Tel. +49 211 981-1947
uwe.hohage@pwc.com

Christa Willkommen

Tel. +49 211 981-2716
c.willkommen@pwc.com

Köln

Dr. Roland Hens

Tel. +49 221 208-4426
roland.hens@pwc.com

Verena Riemer

Tel. +49 221 208-4186
verena.riemer@pwc.com

Essen

Kerstin Weihmann

Tel. +49 201 438-1352
kerstin.weihmann@pwc.com